

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 9 99 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Professor Gert Weisskirchen
MdB zum Ausgang des Jelzin-
Referendums: Rußland will
keinen Weg zurück.

Seite 1

Hans Kolo MeL zum siebten
Jahrestag der Atom-Katastro-
phe in Tschernobyl: Das
"Restrisiko" bleibt eine reale
Größe.

Seite 2

Siegrun Klemmer MdB zu ei-
nem Vorschlag des Vorsitzen-
den des Bundestags-Umwelt-
Ausschusses: "Notopfer Atom-
kraft" für Osteuropa?

Seite 3

Professor Dr. Uwe Holtz MdB
zum Verzicht auf eine weitere
Kandidatur für den Bundestag:
Eine Tätigkeit auf Zeit, nicht
auf Lebenszeit.

Seite 4

Hans Wallow MdB zum 70sten
Geburtstag von Hans-Eber-
hard Richter: Die Konsequenz
der Erinnerung.

Seite 6

48. Jahrgang / 78

26. April 1993

Rußland will keinen Weg zurück Zum Ausgang des Jelzin-Referendums

Von Professor Gert Weisskirchen MdB

Rußlands Demokratie hat einen Sieg davon getragen. Trotz Schwächen der Demokraten, trotz Fehler des Präsidenten: Boris Jelzin hat sich behauptet gegen Versuche der Mehrheit des Obersten Sowjet, die Schwierigkeiten des Reformprozesses ihm persönlich anzulasten.

Der harte Kern der Gegner Jelzins, Barone von Industrie und Landwirtschaft, haben ihre Privilegien empfangen in den Zeiten der kommunistischen Diktatur. Sie sehen, sie enden in der Demokratie. Sie klammern sich an das Quorum, mit dem das Verfassungsgericht ihre Macht schützt.

Es mag sein, daß die Zustimmung zur Neuwahl des Parlaments knapp verfehlt wird. Politisch und moralisch hat die Blockademehrheit im Obersten Sowjet verloren. Die deutliche Mehrheit der Menschen in Rußland will einen klaren Reformkurs. Sie weiß, welche harten Prüfungen sie zu bestehen hat.

Am Sonntag hat Rußland sein Vertrauen in den demokratisch gewählten Präsidenten erneuert. Der 25. April 1993 hat entschieden. Rußland will keinen Weg zurück.

Europa wird sich selbst helfen, wenn es jetzt den jungen demokratischen Bewegungen im größten Land unseres Kontinents hilft.

Die russische Demokratie hat ihre Reifeprüfung bestanden. Die Reifeprüfung Gesamteuropas steht noch aus.

(-/26. April 1993/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos
mit dem Abonnement
Kreuzungspapier



Das "Restrisiko" bleibt eine reale Größe
Zum siebten Jahrestag der Atom-Katastrophe in Tschernobyl

Von Hans Kolo Mdl
 Umweltpolitischer Sprecher der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Heute, am 26. April, jährt sich die Explosion im Atomkraftwerk von Tschernobyl zum siebten Mal. Bei diesem GAU - dem größten anzunehmenden Unfall, also dem Schmelzen der Brennstäbe bei gleichzeitigem Ausfall der Sicherheitssysteme - im Block 4 des ukrainischen Kernkraftwerkes gelangten 80 Prozent des radioaktiven Kerninventars ins Freie. Nach sowjetischen Angaben wurden insgesamt 50 Megacurie an Radioaktivität in die Umwelt freigesetzt. Inoffiziellen Angaben zufolge starben durch diesen Unfall 5.000 bis 7.000 Menschen. Die Zahl der Behinderten liegt bei mindestens 50.000, nach neueren Schätzungen jedoch in der Größenordnung von mehreren hunderttausend Menschen. Der wirtschaftliche Schaden wird auf mindestens 200 Milliarden Rubel geschätzt.

Der siebte Jahrestag von "Tschernobyl" zeigt: Die Energiewirtschaft und die Regierungen haben nichts dazu gelernt. Statt endlich wirksame Energiesparmaßnahmen einzuleiten, statt die Energiepolitik umzustrukturieren, wird die Atomkraft weiter forciert: Frankreich probt zur Beruhigung beunruhigter Bürger die Beherrschung des Nicht-Beherrschbaren, des Super-GAUs. Und der bayerische Umweltminister Gauweiler möchte westliche Atomtechnik nach Osteuropa exportieren. Dabei zeigen eine ganze Reihe neuerlicher Störfälle - auch in westlichen Reaktoren - und nicht zuletzt der jüngste schwere Unfall in der Wiederaufarbeitungsanlage im westsibirischen Tomsk, daß das Restrisiko, das von der Atomwirtschaft und ihrer Lobby so gern als unwahrscheinlich und vernachlässigbar bezeichnet wird, eben doch eine sehr reale Größe ist und bleibt.

Atomwirtschaft und verantwortliche Politiker haben keine Konsequenzen gezogen: Trotz gegenteiliger Beteuerungen sind drei der Reaktorblöcke von Tschernobyl wieder in Betrieb genommen worden.

Die jüngste Initiative Frankreichs auf dem Sektor der Nuklearforschung ist nichts anderes als der Versuch, die Bevölkerung von der Beherrschbarkeit der Kernschmelze zu überzeugen. Bekanntlich will das französische Institut für Nuklearforschung und -sicherheit (IPSN) in einem Versuchsreaktor bei Marseille den Super-GAU simulieren, um dabei Informationen über die freiwerdende Menge an Radioaktivität sowie das Aufstellen von Evakuierungsplänen zu gewinnen. Das ist der groteske Versuch, die Bevölkerung zu beruhigen und eine illusionäre Sicherheit vorzutauschen, zumal die Endlagerfrage noch nicht geklärt ist und nach Schätzungen des Prognos-Instituts und des Fraunhofer Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) allein die jährliche Risikoversicherung für Kernkraftwerke in Höhe von mehr als 500 Milliarden Mark einen Aufschlag auf die Stromrechnung von 3,60 Mark je Kilowattstunde bedeuten würde.

Absurd und verantwortungslos sind die Äußerungen des bayerischen Umweltministers Gauweiler anläßlich des Unglücks in Tomsk. Der Minister hat den Vorwurf erhoben, daß der Reaktor in Tschernobyl auf Grund der SPD-Beschlüsse zum Ausstieg aus der Kernenergie weiter am Netz sei, und behauptet, das Unglück von Tomsk hätte sich bei rechtzeitigem Export von moderner westlicher Wiederaufarbeitungstechnik nicht ereignet. Anstatt für eine neue Energiepolitik zu werben, trommelt Minister Gauweiler für den Export von neuen Atomkraftwerken und westlicher Sicherheitstechnologie. Dabei liegen die GUS-Staaten beim Energieverbrauch an der Weltspitze - ein breites Betätigungsfeld, in dem westliche Einspartetechnologien einen guten Markt finden könnten.

Was muß noch alles passieren, damit ein neuer tragfähiger energiepolitischer Konsens auf der Basis von Energiesparen und von effizienten Technologien gefunden wird? Jetzt haben Münchner Wissenschaftler überzeugend nachgewiesen, daß neuere Technologien wie beispielsweise Gas- und Dampfturbinen, Blockheizkraftwerke und Gasbrennwertkessel günstigere Energiekosten haben und mehr zur Kohlendioxid-Minderung beitragen als Investitionen in Kernkraftwerke.

(-/26. April 1993/rs/ks)

"Notopfer Atomkraft" für Osteuropa?

Zu einem Vorschlag des Vorsitzenden des Bundestags-Umwelt-Ausschusses

Von Siegrun Klemmer MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Der CDU-Politiker und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Wolfgang von Geldern, hat den Vorschlag gemacht, zur Sanierung der osteuropäischen Atomkraftwerke in allen Industrieländern einen "Sicherheitspfennig" einzuführen. Der Betrag solle wie der Kohlepfennig mit der Stromrechnung einbezogen werden. Vielleicht hat ja auch das "Notopfer Berlin" aus Nachkriegstagen Pate gestanden? Ist das nicht ein schöner, solidarischer Gedanke, den osteuropäischen Nachbarn in einer so existentiellen Frage unter den Arm zu greifen, wie es die Bändigung der in den Schrott-Atomreaktoren tickenden Zeitbomben darstellt?

Daß Steuerzahler aus Industriestaaten in dieser Angelegenheit herangezogen werden macht leider Sinn. Katastrophen wie die von Tschernobyl überschreiten Grenzen. Die Verantwortung allein den Staaten Osteuropas zu überlassen hat angesichts deren Finanzlage keinen Zweck. Erstaunlich ist allerdings, daß das Übel ausgerechnet durch Sanierung der osteuropäischen Atomreaktoren beseitigt werden soll, obwohl doch internationale Experten, sogar Bundes-Umweltminister Töpfer höchstsekt schon oft genug haben verlauten lassen, daß die osteuropäischen Reaktoren zum größten Teil nicht sanierungsfähig sind und abgeschaltet werden müßten.

Von Gelderns Vorschlag kommt, ein Scheilm, wer Böses dabei denkt, genau rechtzeitig um Minister Töpfers Umdenken in dieser Frage zu unterstützen. Ganz im Gegensatz zur bisherigen Linie sollen nicht nur das litauische Atomkraftwerk vom Tschernobyl-Typ, Ignalina, sondern auch ein Reaktor in Rovno/Ukraine und im russischen Balakovo mit Geldern aus dem Bonner Umweltministerium sicherheitstechnisch nachgerüstet werden. Und da das Geld in Bonn nun einmal immer knapper wird, wäre es natürlich bequem, den Steuerzahler nochmals zusätzlich über die Stromrechnung heranzuziehen. Der Steuerzahler hat aber allen Grund, da nicht mehr mitzumachen.

Die Bundesregierung straft ihre eigenen Worte vom "Abschalten" Immer wieder Lügen und unterstützt mit allen möglichen Hilfsleistungen nicht nur nicht das Abschalten, sondern garantiert im Gegenteil den Weiterbetrieb der atomaren Zeitbomben. Die Politik der Bundesregierung bestärkt die osteuropäischen Partner in dem irrigen Gedanken, es handele sich bei der Atomkraft um eine moderne Hochtechnologie, die ein Industriestaat, und das will man dort sein, unbedingt haben müsse.

Alle Sicherheitsnachrüstungen heben die Ostreaktoren nicht auf westliches Niveau, ändern an gefährlichen Ausbildungs- und Einstellungsmängeln des Personals nichts, lösen nicht das Entsorgungsproblem und sanieren nicht die weiten Landestelle, die in Osteuropa bereits radioaktiv verseucht sind. Sie beseitigen auch nicht den Widersinn, Atomkraftwerke in einer zumindest potentiellen Krisenregion anzusiedeln und aufrechtzuerhalten. Allein eine Politik des Energiesparens und der modernen Nutzung der dort reichlich vorhandenen nicht-nuklearen Energieträger würde sowohl der Gefahr eines zweiten Tschernobyl begegnen, als auch die Energieversorgung in Osteuropa gewährleisten.

Vielleicht erklärt das Engagement deutscher Konzerne einiges. So wird zum Beispiel das slowakische Atomkraftwerk Mochovce gerade mit Hilfe französischer und deutscher Energieunternehmen (Bayernwerk und Preußen Elektra) fertiggestellt, die Berliner KAB ist an der Rekonstruktion der Blöcke 3 und 4 des russischen Atomkraftwerks Nowo-Woronesch beteiligt. Vor diesem Hintergrund entpuppt sich die bundesdeutsche Politik als Unterstützung einer großangelegten Exportoffensive der deutschen Industrie. Nur daß für solche Zwecke bisher als Instrumente unter anderem Hermes-Bürg-

schaften ausreichen, während der Ausschußvorsitzende von Geldern den Bundesbürgerinnen und Bürgern jetzt offenbar direkter in die Tasche greifen möchte.

Was auf diese Weise unterstützt wird, hat Jelzins Berater für Umweltfragen, Alexej Jablokow, kürzlich in aller Deutlichkeit erklärt: Rußlands Atomindustrie sei außer Kontrolle geraten, mit weiteren, schweren Unfällen noch in diesem Jahr sei zu rechnen. Die "Sicherheitspfennige", die MdB von Geldern nun vorgeschlagen hat, erfüllen also keine humanitäre Funktion, sie erhalten im Gegenteil das Risiko eines neuen Atomunfalls in Osteuropa aufrecht. Mit dem Geld, das die Bundesregierung bereits in diesem Sinne ausgibt, macht sie sich an allen zukünftigen Katastrophen mitverantwortlich.

(-/26. April 1993/rs/ks)

Eine Tätigkeit auf Zeit, nicht auf Lebenszeit
Zum Verzicht auf eine weitere Kandidatur für den Bundestag

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Für die nächsten Bundestagswahlen im Herbst 1994 möchte ich nicht mehr als Kandidat zur Verfügung stehen. Dieser Entschluß ist nicht auf ein einzelnes Ereignis zurückzuführen, sondern über einen längeren Zeitraum gereift.

Bereits am 23. März habe ich über meine Absichten den Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Klose informiert, der mich bat, diesen Schritt zu überdenken. Dies habe ich getan. Mehr als zwanzig Jahre Bundestagsabgeordneter sind einfach genug. Ich kann und will mir nicht vorstellen, daß ich noch zehn oder mehr Jahre Abgeordneter sein werde. Aus freien Stücken möchte ich deshalb der heutzutage von weiten Bevölkerungsteilen mißachteten, aber für eine Demokratie so wichtigen parlamentarischen Tätigkeit adieu sagen. Adieu sagen - dabei schwingt auch immer etwas Wehmut und Schmerz mit.

Während der noch verbleibenden anderthalb Jahre bis zur Bundestagswahl werde ich mich wie bisher bemühen, meine Pflicht zu tun, als Vorsitzender eines Bundestagsausschusses dem Gemeinwohl zu dienen, als Abgeordneter die Interessen von Wahlkreis, Bürgern und SPD zu vertreten. Grundgesetz, internationale Menschenrechtskonventionen, sozialdemokratische Grundwerte und nicht zuletzt eigene politische Erfahrungswerte sind und bleiben meine wichtigen politischen Orientierungen.

Besonders jene beiden Funktionen, die ich gerne inne habe (im Bundestag als Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses), möchte ich noch im Sinne der Mitgestaltung von Politik nutzen. Denn Bundestagsabgeordneter zu sein und für die wohlverstandenen Interessen des eigenen Landes wie auch für den internationalen Ausgleich arbeiten zu können - das habe ich immer als eine bedeutsame, befriedigende und oft auch faszinierende Tätigkeit verstanden. Den Herausforderungen auf meinen hauptsächlichen Wirkungsfeldern - Wahlkreis, Bonn, Straßburg - suchte und suche ich mit Verantwortung und Engagement, Augenmaß und Vernunft, Ernst und Anstand zu begegnen. Dabei erfuhr ich von vielen innerhalb und außerhalb der SPD Fairneß, Unterstützung und - vor allem in stürmischen Zeiten - Solidarität, für die ich mich herzlich bedanken möchte.

Ein besonderer Dank gilt dem SPD-Unterbezirk Mettmann, den Ortsvereinen meines Wahlkreises und der Bundestagsfraktion.

Die Freiheit, aufzuhören

Aber jede parlamentarische Tätigkeit ist eine Tätigkeit auf Zeit, nicht auf Lebenszeit. 1969 in den Kreistag von Düsseldorf-Mettmann und 1972 erstmals in den Bundestag gewählt, werde ich Ende 1994 ein Vierteljahrhundert Abgeordneter gewesen sein. Das reicht. Denn Abgeordneter zu sein - das ist zugleich ein schwieriger, kraftzehrender, nervenaufreibender Beruf, der zu wenig Zeit für Muße, Familie und Freunde läßt. Selbst wenn man Woche für Woche mehr als 60/70 Stunden, darunter auch an Wochenenden, im Einsatz ist, hat man immer das Gefühl, nicht allen Ansprüchen und Erwartungen der unterschiedlichsten Ebenen und Seiten genügen zu können. Ein Mandat zu erringen, es auszufüllen und zu erhalten - das bedeutet immer auch Kampf, viel Arbeit und oft eine enorme Last. Aber dazu wird ja niemand gezwungen, habe ich zu Recht gehört. Nun nehme ich mir die Freiheit, mich davon zu befreien.

Ab 1994/95 erwartet mich nicht nur die Aussicht auf mehr selbstbestimmte Zeit; ich hoffe zudem, an anderer Stelle meine Kenntnisse und Erfahrungen vor allem in Fragen der europäischen Einigung und der Nord-Süd-Zusammenarbeit zum Tragen bringen zu können. Meine berufliche Zukunft sehe ich eher im universitären und internationalen Bereich als in der Politik. Selbstverständlich will ich mich weiterhin für die politische, kulturelle Selbstbehauptung eines demokratischen Europas einsetzen, das sich gegen Rassismus und Neo-Nationalismus, gegen Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit verbündet - und ebenso für eine neue Entspannungspolitik: die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entspannungspolitik zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

In Zeiten weitgehender allgemeiner Verunsicherung muß die nationale wie die internationale Sozialdemokratie Orientierung und Konturierung bieten im Sinne einer Alternative zu menschenrechtsverachtenden und wirtschaftlich ineffizienten totalitären Regimen auf der einen und unsozialen, menschen- und umweltfeindlichen Ausuferungen kapitalistischer Systeme auf der anderen Seite. Der Einsatz für eine Entwicklung, die menschenwürdig, wirtschaftlich produktiv, sozial gerecht, umweltverträglich und auf Dauer tragfähig ist, bleibt wichtig.

Auf die Bundesebene bezogen wünsche ich mir, daß die SPD stärkste politische Kraft im geeinten Deutschland wird und wieder den Bundeskanzler stellt. Für den Wahlkreis und den Kreis Mettmann wünsche ich, daß mein Nachfolger bzw. meine Nachfolgerin den Wahlkreis Mettmann I (Süd) wiedergewinnt, ja, daß beide Wahlkreise für die SPD wiedergewonnen werden. Meine Unterstützung biete ich gerne an.

Demokratien sind zerbrechlich. Sie sind nicht naturgegeben, sondern brauchen behutsame und weitsichtige Pflege vieler. Manchmal sogar den entschiedenen Kampf gegen die Feinde von Offenheit und Toleranz, von Verständigung und Solidarität. Das meiste dieser Pflege entzieht sich der Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit. Deshalb ist die modische Kritik an Politik und Politikern nicht immer gerecht - vielleicht sogar fatal, weil sie überzogen auf der Folie von Skandalen und Skandalchen die Leistungen der großen grauen Demokratiewerkarbeit und zuletzt vielleicht auch der Demokratie selbst denunziert.

Sicher: Wir müssen manches Überdenken, was unser politisches Selbstverständnis ausmacht. Aber bitte keine Resignation! Antworten werden letztlich von dem Ziel vorgegeben: dem großen, umfassenden Menschheitsfrieden, von dem so viele unserer Mütter und Väter geträumt haben, der ein menschenwürdiges Leben für alle einschließt. Laßt uns weiter dafür arbeiten!

(-/26. April 1993/rs/ks)

Die Konsequenz der Erinnerung
Horst-Eberhard Richter zum 70sten Geburtstag

Von Hans Wallow MdB

Horst-Eberhard Richter wird 70. Der Professor Dr. Dr., Psychoanalytiker, Nervenarzt und Sozialpsychologe aus Gießen, geschäftsführender Direktor des Sigmund-Freud-Institutes in Frankfurt, ist eine Institution im gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik. Eine Instanz der Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit, zum Engagement, zur Zivilcourage.

Diagnostiziert er gegen die Aufklärung gerichtete Strömungen, legt er die Gesellschaft auf die Couch. Das Land verdankt ihm klare Befunde. Er trat an gegen den miefigen Plüsch der Nachkriegsära, gegen jede Bedrohung von Offenheit und demokratischer Transparenz. Vor allem beharrte er darauf, aus der ganz eigenen deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts zu lernen, Lehren zu ziehen, aus der Erfahrung des letzten Krieges die Notwendigkeit eines unbedingten Friedensgebotes zu akzeptieren.

Arnulf Baring schrieb einmal: "Wir glauben, weil wir die Erfahrung des Nationalsozialismus hinter uns haben seien wir sensibler, aufgeklärter, uns über verantwortliches Verhalten klarer als andere Völker." Er geißelt diese Haltung als "Verantwortungsimperialismus". Ich weiß nicht, ob Baring hierbei an Richter gedacht hat, der genau diese diskreditierte Position vertritt. Er mahnt immer wieder, daß wir sensibler, aufgeklärter, uns über verantwortliches Verhalten klarer sein müssen als andere Völker, eben weil unsere Geschichte einzigartig ist.

Mit dem Vorwurf des "Verantwortungsimperialismus" könnte Richter gut leben; er würde ihn vermutlich als Auszeichnung betrachten. Er fordert die Konsequenz der Erinnerung, die Reformierung der Gesellschaft, die immer wieder, gegen Übergriffe von links und rechts, ihre Freiheit und ihren Frieden demokratisch zu wahren hat. Horst-Eberhard Richter engagierte sich gegen alle Kriege, gegen Atomwaffen, gegen den NATO-Doppelbeschluß; jetzt gegen die angestrebte Schließlizenz für deutsche Soldaten unter welchen Mandaten auch immer.

Richter ist die Stimme des Friedens und der Utopie, eine wichtige Stimme, die den oft unüberbrückbaren Graben zwischen Geist und Macht überwindet. Ein Intellektueller, der sich einmischt. Viele haben wir davon in unserer Republik nicht. Er gibt Anstöße, die den eher statisch-pragmatischen Politikern häufig unbequem sind, mit denen sie sich aber auseinandersetzen müssen.

Viele Politiker haben sich in die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik, die Normalität, wie Habermas es formuliert, eingelebt. Richter hält dagegen: mit Veröffentlichungen wie "Die Chance des Gewissens", "Leben statt machen", "Zur Psychologie des Friedens" und "Flüchten oder Standhalten" ist das Gegenprogramm formuliert.

Seit 1982 ist Richter im Vorstand der bundesdeutschen Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges, 1988 gründete er mit anderen die International Foundation for the Survival and Development of Humanity. Er schreibt und handelt, gegen Korruption und Verfälschung, für Aufklärung und Reform, als Konsequenz der Erinnerung. Ich wünsche ihm, daß die politisch Handelnden in diesem Land gelegentlich seine Analysen und Vorschläge zum Bestandteil ihrer Arbeitspraxis entwickeln.

(-/26. April 1993/rs/ks)
